



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Constanze Truschzinski, Pressesprecherin • Rosa Luxemburg Str. 13 • 07381 Pößneck •
Fon: 01738884153 • E-mail: truschzinski@buengerallianz.de

An alle Medienvertreter

Pößneck, 21.12.2012

Pressemitteilung

Presseinformation Thüringer Bürgerallianz

Volksinitiative „Gerechte Kommunalabgaben“ darf nicht „todverhandelt“ werden!

„Dass der Verfassungsgerichtshof über ein Jahr für die Entscheidung der Klage der Landesregierung gegen die Zulassung des Volksbegehrens „Gerechte Kommunalabgaben“ benötigt, ist kein guter Beitrag zur Stärkung der direkten Demokratie“, so die Einschätzung des Vorsitzenden der Thüringer Bürgerallianz e.V. Jens Petermann.

Bei einem Treffen der Bürgerinitiativen im Thüringer Landtag wurde über die weitere Verfahrensweise im beantragten Volksbegehren diskutiert.

Seit einem Jahr warten die Initiatoren des Volksbegehrens „sozial-gerechte Kommunalabgaben“ auf eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes zur Klage der Landesregierung. „Eine derartige Verfahrensdauer lässt letztlich jedes Volksbegehren ins Leere laufen und frustrierte Bürgerinnen und Bürger zurück.“, so Jens Petermann weiter. Der Verfassungsgerichtshof muss sich insoweit seiner Verantwortung bewusst sein.

Letztlich hat die von CDU/SPD getragene Landesregierung die Hauptverantwortung für diese Situation. „Die Klage der Landesregierung gegen den Zulassungsantrag des Volksbegehrens lässt, auf ein gespaltenes Verhältnis zur direkten Bürgerbeteiligung schließen“, stellt Peter Hammen, Vertrauensperson des Volksbegehrens fest. Offenbar hat die Landesregierung kein Vertrauen in die Bevölkerung und die eigenen Argumente. Anderenfalls hätte die Landesregierung das Volksbegehren nicht beklagt, sondern sich während der Unterschriftensammlung inhaltlich mit den Zielen des Begehrens auseinandergesetzt.

Trotz der langen Verfahrensdauer beim Verfassungsgericht sind die Initiatoren auf das Volksbegehren vorbereitet, falls das Gericht die Klage der Landesregierung abweisen sollte. „Über 100 Bürgerinitiativen in ganz Thüringen stehen bereit, um die knapp 190.000 notwendigen Unterschriften innerhalb von vier Monaten zu sammeln“, informiert Peter Hammen. Die Landesregierung soll wissen, dass die Bürgerinitiativen an ihren Zielen der Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge festhalten, unabhängig davon, wann nun endlich das Verfassungsgericht eine Entscheidung trifft.

Constanze Truschzinski
Pressesprecherin der Bürgerallianz Thüringen e.V.